

B e r i c h t

des Synodalen Friedrich Pralle über die IV. Tagung der 9. Synode der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen am 10. März 2012 in Hannover

Wittmund, 23. Mai 2012

Wie auch in den Vorjahren, trafen sich die hannoverschen Synodalen vor der IV. Tagung zu einem Informations- und Abstimmungsgespräch. In der Diskussion wurden folgende Punkte beraten:

- Bericht des Ad-hoc-Ausschusses zur weiteren Zusammenarbeit der Kirchen in Niedersachsen
- Bericht des Medienausschusses
- Mitarbeitergesetz
- Pfarrerbesoldung

Die Tagesordnung der IV. Tagung enthielt u.a. folgende Tagesordnungspunkte:

- Bericht des Ratsvorsitzenden
- Bericht des Ad-hoc-Ausschusses zum Beratungsprozess über die künftige Zusammenarbeit der evangelischen Kirchen in Niedersachsen und Aussprache
- Bericht des Bildungs- und Medienausschusses
- Bericht des Rates zum Sachstand des Synodenbeschlusses vom 12. März 2011 betr. Pfarrerbesoldung und -versorgung
- Entwurf eines Kirchengesetzes zur Änderung des Kirchengesetzes über die Rechtsstellung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (Mitarbeitergesetz – MG)
- Bestätigung von Verordnungen mit Gesetzeskraft
 - über die kirchliche Bestätigung von Religionslehrkräften,
 - zur Änderung des Mitarbeitervertretungsgesetzes,
 - zur Änderung des Pfarrerbesoldungs- und -versorgungsgesetzes,
 - zur Änderung des Arbeitsrechtsregelungsgesetzes der Diakonie.

- Abnahme der Jahresrechnungen für die Jahre 2009 und 2010 der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen und ihrer Einrichtungen

1. Bericht des Ratsvorsitzenden

Anstelle des neu gewählten Ratsvorsitzenden, Herrn Landesbischof Meister, der aus Krankheitsgründen absagen musste, trägt Herr Vollbach als sein Stellvertreter den Bericht vor. Dabei hebt er folgende Punkte hervor:

- Schulangelegenheiten

Vor dem Hintergrund der Forderung der Partei der Grünen/Bündnis 90 einen Unterricht "Weltanschauungen und Religionen" in Niedersachsen verbindlich einzuführen, haben die evangelischen und katholischen Bischöfe beschlossen, regelmäßig ein Spitzengespräch mit dem Kultusminister zu führen und Ende 2012 bzw. Anfang 2013 ein Symposium zur Zukunft des Religionsunterrichtes zu veranstalten.¹

- Härtefallkommission

Insbesondere vor dem Hintergrund des Falls der Familie Nguyen und diverser Landtagsdebatten, hat der damalige Ratsvorsitzende, Herr Landesbischof Professor Dr. Weber mehrfach darauf hingewiesen, dass sich an der Praxis der Ausländer- und Asylpolitik des Landes Niedersachsen etwas ändern müsse. Auf diesem Hintergrund hat sich der Rat damit beschäftigt und die Geschäftsstelle gebeten, in ein Gespräch mit der Landesregierung einzutreten. Zusammen mit dem Katholischen Büro ist das Anliegen noch einmal schriftlich vorgetragen worden. Beiden Kirchen ist auch zukünftig an einer konstruktiven Mitarbeit in der Härtefallkommission gelegen. Voraussetzung ist aber, dass bezogen auf die Einzelfälle die humanitären Aspekte deutlicher zum Tragen kommen.

Zurzeit arbeitet das Ministerium an einer Änderung der Verordnung für die Härtefallkommission. Dazu werden die Kirchen Stellung nehmen können.²

- Gesetz über die Ladenöffnungs- und Verkaufszeiten

Die Landesregierung hat das Gesetz über die Ladenöffnungs- und Verkaufszeiten verändert, sodass an Sonn- und Feiertagen Blumen, Pflanzen und Grabschmuck nicht nur in kleinen Läden, sondern auch in größeren Gartenbaubetrieben für bis zu drei Stunden verkauft werden dürfen.

Zusammen mit dem Katholischen Büro hat die Konföderation zu dem Gesetz Stellung bezogen und sich ablehnend geäußert, da die wirtschaftlichen Interessen

¹ vgl. Bericht des Rates, Vorlage Nr. 5 C, S. 4

² vgl. Bericht des Rates, Vorlage Nr. 5 C, S. 8

höher bewertet wurden als der Sonntagsschutz. Damit soll einer schleichenden Auflösung des Sonn- und Feiertagsschutzes entgegengewirkt werden.³

- Dritter Weg in Kirche und Diakonie

Seit Mai 2011 haben die Vertreter der Mitarbeitenden der Diakonie ihre Tätigkeit in der Arbeitsrechtlichen Kommission eingestellt. Ihnen geht es in den Verhandlungen nicht nur um Lohnerhöhungen, sondern um die "Wegefrage". Sie fordern die Übertragung der aktuellen Lohnerhöhungen in einen Tarifvertrag und damit den "Zweiten Weg", um künftig darüber angemessene Arbeitsbedingungen und Löhne auszuhandeln. Damit würde das kirchliche Arbeitsrecht abgeschafft werden und es zu einem Tarifvertrag evtl. mit Streik und Aussperrung kommen.⁴

Bezogen auf diesen Punkt stellt der Synodale Tödter in der sich anschließenden Aussprache mit Verweis auf die parallel stattfindende Kundgebung der Mitarbeitenden der Diakonie und den "Zehn Forderungen zur solidarischen Ausgestaltung des kirchlichen Arbeitsrechts" der 11. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 9. November 2011 folgenden Antrag, um doch noch einen Lösungsweg zu finden:

"Die Synode der Konföderation wolle beschließen:

1. Im Vorgriff zu den Beratungen zu TOP 8, Entwurf eines Kirchengesetzes der Konföderation zur Änderung des Kirchengesetzes über die Rechtsstellung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (Vorlage Nr. 14), sowie zu TOP 13, der Verordnung mit Gesetzeskraft (Vorlage Nr. 18) wird anlässlich des Berichtes des Ratsvorsitzenden auch über die Beschlüsse der EKD-Synode zu einem 'Arbeitsrechtsregelungsgrundsätze-gesetz – ARGG-Diakonie-EKD' und der dazugehörigen Kundgebung 'Zehn Forderungen zur solidarischen Ausgestaltung des kirchlichen Arbeitsrechts' gesprochen.
2. Die Synode macht sich in Ergänzung der heutigen Gesetzesbeschlüsse die Kundgebung der 11. Synode der EKD zu Eigen und bittet den Rat, bei der Weiterberatung der Gesetze um entsprechende Berücksichtigung.
3. Die Synode bekräftigt den kirchlichen Weg bei der Arbeitsrechtsgestaltung in Kirche und Diakonie."

Der Antrag wird mehrheitlich beschlossen.

Auf Nachfrage des Synodalen Ranke erläutert der Geschäftsführer des Verbandes evangelischer Publizistik Niedersachsen-Bremen gGmbH, Herr Vetter, dass zz. etwa 14 000 bis 14 500 Abonnementen die Evangelische Zeitung beziehen. Zur Steigerung dieser Zahlen wird u.a. in Oldenburg eine sog. Haustürwerbung durchgeführt. Die hierfür notwendigen Adressen wurden von der Evangelisch-Lutherische Kirche in Oldenburg zur Verfügung gestellt; die Zahl der Beschwerden ist rückläufig. Ob auch für

³ vgl. Bericht des Rates, Vorlage Nr. 5 C, S. 12 f.

⁴ vgl. Bericht des Rates, Vorlage Nr. 5 C, S. 25 ff.

die hannoversche Landeskirche eine Adressenherausgabe infrage kommt, wird zz. geprüft.⁵

2. Bericht des Ad-hoc-Ausschusses zum Beratungsprozess über die künftige Zusammenarbeit der evangelischen Kirchen in Niedersachsen und Aussprache

Den Bericht bringt der stellvertretende Ratsvorsitzende, Herr Vollbach, ein. Der Bericht macht deutlich, dass der vor drei Jahren begonnene und von dem Schleswiger Bischof Ulrich moderierte Prozess, eine einheitliche Kirche in Niedersachsen zu bilden, am Widerstand der kleineren Kirchen gescheitert ist. Nur die hannoversche Landeskirche stimmte für einen Zusammenschluss.

Die Zwischenlösung auf Vorschlag von Herrn Bischof Ulrich, eine Föderation zu bilden, in der die regionalen Eigenheiten der einzelnen Gliedkirchen Berücksichtigung finden, wurden von Braunschweig und Schaumburg-Lippe begrüßt, von der Oldenburger Kirche aber skeptisch gesehen und alternative Vorschläge gefordert. Die hannoversche Landeskirche sieht in dem Vorschlag bestenfalls eine Zwischenlösung für eine gemeinsame Kirche in Niedersachsen.

Aufgrund der Stellungnahmen der fünf Gliedkirchen sowie der Beschlüsse der Landessynoden der Gliedkirchen hält es der Rat der Konföderation für nicht angebracht, die Arbeit des Ad-hoc-Ausschusses fortzusetzen.

In der sich anschließenden Aussprache skizziert der Synodale Tödter kurz die formale und reale Entwicklung der Zusammenarbeit der fünf Gliedkirchen und macht deutlich, dass man einen Zustand der Stagnation erreicht habe. Da nicht geklärt werden konnte, wie die fünf Gliedkirchen in Niedersachsen künftig zusammenarbeiten wollen und wie die Synode der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen ihre Pflichten wahrnehmen will, stellt er folgenden Antrag:

"Die Synode der Konföderation wolle beschließen:

1. Die Synode nimmt die 'Stellungnahme zur künftigen Zusammenarbeit der evangelischen Kirchen in Niedersachsen' des Moderators des Ad-hoc-Ausschusses, Bischof Gerhard Ulrich, zur Kenntnis und dankt Bischof Ulrich und den Mitgliedern des Ausschusses ausdrücklich für die geleistete Arbeit.
2. Die Synode nimmt die Stellungnahmen der jeweiligen Kirchenleitungen sowie die Beschlüsse der jeweiligen Herbstsynoden 2011 der fünf Gliedkirchen zur Kenntnis. Sie stellt fest, dass danach gegenwärtig keine Möglichkeit gesehen wird, die Konföderation zu einer Föderation und zu einer Kirche in Niedersach-

⁵ Entnommen aus der Niederschrift über die IV. Tagung der 9. Synode der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen am 10. März 2012 in Hannover in der Kapelle des Annastiftes.

sen weiterzuentwickeln. Die Synode nimmt dies mit Bedauern zur Kenntnis und sieht damit die Arbeit des Ad-hoc-Ausschusses als beendet an.

3. Die Synode bittet den Rat zu klären, wie die zukünftige Zusammenarbeit der fünf Gliedkirchen zur Erfüllung des Loccumer Vertrages gestaltet werden soll. Der Synode der Konföderation ist hierüber in ihrer nächsten Tagung zu berichten."

Der Synodale Kiefer stellt folgenden Änderungsantrag zu dem Antrag des Synodalen Tödter:

"Die Synode der Konföderation wolle beschließen:

Der Antrag des Synodalen Tödter wird mit folgenden Änderungen angenommen:

Der Antrag lautet im Absatz 2 sowie im Absatz 3 nun wie folgt:

2. Die Synode nimmt die Stellungnahmen der jeweiligen Kirchenleitungen sowie die Beschlüsse der jeweiligen Herbstsynoden 2011 der fünf Gliedkirchen zur Kenntnis. Sie begrüßt, dass mit dem Vorschlag zur Bildung einer Förderation perspektivisch ein Weg zur Weiterentwicklung der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen aufgezeigt ist.
3. Die Synode bittet den Rat zu klären, wie die zukünftige Zusammenarbeit der fünf Gliedkirchen zur Erfüllung des Loccumer Vertrages und des Vertrages über die Bildung einer Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen gestaltet werden soll. Der Synode der Konföderation ist hierüber in ihrer nächsten Tagung zu berichten."

Der Synodale Surborg ist der Ansicht, dass nach nunmehr vier Jahren Diskussion ein Punkt erreicht ist, an dem nüchtern festgestellt werden muss, dass die Konföderation in ihrer jetzigen Form nicht mehr zukunftsfähig ist. Er spricht sich daher für die Kündigung des Konföderationsvertrages aus, um dadurch die Möglichkeit zu eröffnen, mit den "Willigen" ein neues Konzept für eine Zusammenarbeit zu erarbeiten.

Der Synodale Eicker ist der Ansicht, dass die Gespräche weitergeführt und die Erfolge der Konföderation evaluiert werden sollten; auch mit Blick auf die Effektivität der gemeinsamen Vertretung gegenüber der Landesregierung. Dabei sollte die Frage geklärt werden, welche Synergien tatsächlich erreicht werden könnten. Er stellt folgenden Antrag:

"Die Synode der Konföderation wolle beschließen:

1. Der Ad-hoc-Ausschuss setzt seine Arbeit entsprechend dem auf der II. Tagung der 9. Synode der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen erteilten Auftrag fort mit dem Ziel, inhaltliche Klärung hinsichtlich der weiteren Zusammenarbeit der evangelischen Kirchen in Niedersachsen zu finden und prüft alternative Formen zur derzeit vorgeschlagenen Form einer Förderation.
2. Die Leitung des Ad-hoc-Ausschusses wird der Geschäftsführerin der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen, Frau Oberlandeskirchenrätin Andrea Radtke, übertragen."

Der Synodale Teetzmann bittet das Präsidium, die Sitzung für 20 Minuten zu unterbrechen, um den Antragstellern die Möglichkeit zu geben, die unterschiedlichen Anträge miteinander abzustimmen. Das Präsidium schließt sich diesem Vorschlag an.

Während der Sitzungsunterbrechung konnten sich die verschiedenen Antragsteller auf folgenden gemeinsamen Antrag einigen:

"Die Synode der Konföderation wolle beschließen:

1. Die Synode nimmt die 'Stellungnahme zur künftigen Zusammenarbeit der evangelischen Kirchen in Niedersachsen' des Moderators des Ad-hoc-Ausschusses, Bischof Gerhard Ulrich, zur Kenntnis und dankt Bischof Ulrich und den Mitgliedern des Ausschusses ausdrücklich für die geleistete Arbeit.
2. Die Synode nimmt die Stellungnahmen der jeweiligen Kirchenleitungen sowie die Beschlüsse der jeweiligen Herbstsynoden 2011 der fünf Gliedkirchen zur Kenntnis. Sie sieht in dem Vorschlag zur Bildung einer Föderation einen möglichen Weg zur Weiterentwicklung der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen. Die Synode sieht damit die Arbeit des Ad-hoc-Ausschusses als beendet an.
3. Die Synode bittet den Rat zu klären, wie die zukünftige Zusammenarbeit der fünf Gliedkirchen zur Erfüllung des Loccumer Vertrages gestaltet werden soll. Ergänzend dazu wird ein Zukunftsausschuss der Konföderationssynode gebildet, dem der Rat über seine Ergebnisse berichtet. Der Ausschuss der Konföderationssynode legt der Synode die Ergebnisse seiner Beratungen auf der nächsten Tagung vor. Die Zusammensetzung des Ausschusses beträgt pro Kirche zwei Mitglieder, Hannover erhält vier Mitglieder, zusammen 12 Mitglieder. Die Mitglieder werden in dieser Tagung benannt. Der Synode der Konföderation ist hierüber in ihrer nächsten Tagung zu berichten."

Der Antrag wird einstimmig beschlossen und den Mitgliedern der Synode der Konföderation zeitnah zur Verfügung gestellt. Ergänzend wird festgehalten, dass die Leitung des Zukunftsausschusses der Geschäftsführerin der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen obliegt.⁶

In der Pause wurden die Mitglieder des Ausschusses von ihren Landeskirchen benannt.

In seinem Schlusswort bedauert der Präsident der Konföderationssynode, Herr Eckels, dass es bezüglich der zukünftigen Zusammenarbeit auf der Ebene der Konföderation keine zukunftsweisenden Ergebnisse gegeben hat. Dabei betont er, dass die Gliedkirchen aber auch zukünftig den Loccumer Vertrag zu erfüllen haben.

⁶ Entnommen aus der Niederschrift über die IV. Tagung der 9. Synode der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen am 10. März 2012 in Hannover in der Kapelle des Annastiftes.

3. Bericht des Bildungs- und Medienausschusses

In seinem Bericht geht der Vorsitzende des Bildungs- und Medienausschusses, der Synodale Weiss, auf folgende Punkte ein:

- Religionsunterricht
Weil die Zahl der evangelischen und katholischen Schüler und Schülerinnen rückläufig ist, soll eine Kampagne durchgeführt werden, die der Entwicklung entgegenwirkt.
- Evangelische Erwachsenenbildung
In diesem Zusammenhang wurde auf das Projekt der EKD "Erwachsen glauben" hingewiesen und deutlich gemacht, dass es von der Evangelische Erwachsenenbildung (EEB) gefördert wird.
Bezogen auf die Förderung der Erwachsenenbildung wird es keine Einsparungen des Landes Niedersachsen geben.
- Kirchlicher Dienst in Polizei und Zoll
- Medienarbeit
Die Zusammenarbeit zwischen den Kirchen ist auf diesem Gebiet sehr gut. Sie kann nur aufrecht erhalten werden, wenn die Gliedkirchen auch in Zukunft eng zusammenarbeiten.

Bezogen auf die vier dargestellten Punkte wird von Herrn Weiss betont, dass die übergreifende Arbeit der Kirchen in Niedersachsen in allen Bereichen sehr erfolgreich ist und unbedingt weitergeführt werden muss.

4. Bericht des Rates zum Sachstand des Synodenbeschlusses vom 12. März 2011 betr. Pfarrerbesoldung und -versorgung

Aufgrund des Synodenbeschlusses vom 12. März 2011 auf Antrag des Synodalen Ranke macht Frau OLKR Radtke stellvertretend für Herrn Präsident Guntau deutlich, dass die Pfarrbesoldung der Konföderation bezogen auf die Evangelische Kirche in Deutschland

- für Berufsanfänger im vorderen Mittelfeld,
- die Besoldung zum Dienstzeitende und bei den Versorgungsbezügen im zentralen Mittelfeld liegt und
- bei den Sonderzahlungen für Kinder einen Spitzenplatz einnimmt.

Auf diesem Hintergrund besteht kein akuter Handlungsbedarf bezogen auf Änderungen des Pfarrerbesoldungs- und -versorgungsrechtes der Konföderation.

Die Arbeitsgruppe der Fach-, Dienstrechts- und Personalreferenten will sich weiter mit der Vielschichtigkeit der Problemfelder auseinandersetzen und berät insbesondere über folgende Punkte, die für die Attraktivität des Berufes neben der Besoldung wichtige Faktoren darstellen:

- Überschaubarkeit der Arbeitssituation
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Arbeitssituation von Ehepartnern in strukturschwachen Regionen
- Wechselmöglichkeiten innerhalb der Kirche
- Pfarrhaussituation

5. Bestätigungen von Verordnungen mit Gesetzeskraft

Die folgenden Verordnungen mit Gesetzeskraft werden nach Bericht, Beratung und Aussprache beschlossen; das Kirchengesetz in erster und zweiter Lesung beschlossen:

- Entwurf eines Kirchengesetzes der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen zur Änderung des Kirchengesetzes über die Rechtsstellung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (Mitarbeitergesetz – MG)
- Bestätigung von zwei Verordnungen mit Gesetzeskraft des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen zur Änderung des Kirchengesetzes der Konföderation über die kirchliche Bestätigung von Religionslehrkräften
- Bestätigung einer Verordnung mit Gesetzeskraft des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen zur Änderung des Mitarbeitervertretungsgesetzes
- Bestätigung einer Verordnung mit Gesetzeskraft des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen zur Änderung des Pfarrerbesoldungs- und -versorgungsgesetzes
- Bestätigung einer Verordnung mit Gesetzeskraft des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen zur Änderung des Kirchengesetzes der Konföderation zur Regelung des Arbeitsrechts für Einrichtungen der Diakonie

6. Abnahme der Jahresrechnungen 2009 und 2010 der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen und ihrer Einrichtungen

Nach dem Bericht des Rates und der Empfehlung des Finanzausschusses wird die Jahresabrechnung 2009 und 2010 ohne Aussprache in erster und zweiter Lesung angenommen und Entlastung erteilt.

7. Schlussbemerkung

Am Rande der Tagung fand eine Demonstration von mehr als 1 000 Mitarbeitenden der Diakonie statt, um für einen Tarifvertrag und höhere Gehälter zu demonstrieren. Dabei wurden mehr als 11 500 Protestunterschriften an die Synode übergeben. Zwar sicherte der Synodenpräsident zu, weiter im Gespräch zu bleiben, ging aber nicht direkt auf die Demonstranten ein. Dies führte dazu, dass die Demonstranten die Kapelle einkreisten und ihren Unmut äußerten. Herr Schneider als Mitglied des Präsidiums stellte sich einer kurzen Diskussion und berichtete dem Plenum davon.

Ob das Verhalten des Präsidiums zur Deeskalation der Situation beigetragen hat, wird sich zeigen.